

Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst aufgenommen

Arbeitgeber verweigern Angebot.

Stattdessen: „Nullrunde“ und Drohung mit Stellenabbau.

Am 15. November wurden in Stuttgart die Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst aufgenommen. In der ersten Verhandlungsrunde legten die Arbeitgeber von Bund, Ländern und Gemeinden dar, dass sie aufgrund der öffentlichen Haushaltslage keinen Spielraum für Einkommenssteigerungen sehen und eine Lohnpause im öffentlichen Dienst anstreben. Für das Tarifgebiet Ost verlangen alle drei Arbeitgeber eine Eigenbeteiligung der Beschäftigten an der Altersversorgung. Die kommunalen Arbeitgeber lehnen weitere Angleichungsschritte in den neuen Ländern ab.

Die öffentlichen Arbeitgeber weigerten sich, ein verhandlungsfähiges Angebot vorzulegen und – wie von ver.di im Interesse zügiger Verhandlungen gefordert – bereits in der ersten Runde in substantielle Verhandlungen einzutreten. Sie bestanden vielmehr auf einer Unterbrechung der Verhandlungen bis zum nächsten Verhandlungstermin am 11. Dezember.

Angesichts dieses Verhaltens der Arbeitgeber ist nun ein klares Signal aus den Betrieben und Verwaltungen des öffentlichen Dienstes erforderlich, das die Erwartungen der Beschäftigten in dieser Tarifrunde deutlich macht und ihre Entschlossenheit zeigt, diese Forderungen durchzusetzen.

Zu Beginn der Verhandlungen hob Verhandlungsführer Frank Bsirske die Absicht von ver.di hervor, schnell und ergebnisorientiert zu verhandeln und zu einem Abschluss zu kommen. Er forderte die Arbeitgeber auf, gleichfalls auf „rituelle Regentänze“ zu verzichten und sich bei diesem ersten Treffen nicht nur auf den Austausch von Statements zu beschränken, sondern ein verhandlungsfähiges Angebot vorzulegen und direkt in substantielle Verhandlungen einzutreten.

In seinem Eröffnungsvortrag (Anlage 1) begründete der ver.di-Vorsitzende die Forderung von ver.di, die sich an den diesjährigen Abschlüssen wichtiger Tarifbereiche der Privatwirtschaft orientiert. Er erläuterte, dass die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes Anspruch darauf haben, nicht von der allgemeinen Einkommensentwicklung abgekoppelt zu werden. Eine deutliche Erhöhung der Löhne und Vergütungen sei ins-

besondere nach der langen Laufzeit des letzten Tarifvertrages erforderlich. Zudem habe die jahrelange Lohnzurückhaltung dazu geführt, dass die Einkommenssteigerungen im öffentlichen Dienst hinter denen in der privaten Wirtschaft herhinken – im Übrigen habe sie den massiven Arbeitsplatzabbau im öffentlichen Dienst keineswegs verhindert. Darüber hinaus betonte er, dass die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes nicht für die Resultate einer verfehlten Wirtschafts- und Finanzpolitik zur Verantwortung gezogen werden können, die zur Erosion der öffentlichen Haushalte geführt haben.

Frank Bsirske machte deutlich, dass die Mitglieder von ver.di **als Ergebnis** eine Erhöhung der Löhne und Vergütungen von **deutlich über 3 Prozent** erwarten. Gleichmaßen sei ein Tarifabschluss ohne einen verbindlichen Stufenplan für die **Angleichung** des Lohn- und Vergütungsniveaus der Beschäftigten in den neuen Bundesländern an die entsprechenden Westeinkommen bis spätestens 2007 nicht denkbar. Eine Differenzierung der Vergütungen nach der jeweiligen öffentlichen Haushaltslage sei mit ver.di nicht zu machen. An den Vertreter der Länder, Kurt Falthaus, richtete er die Aufforderung, zu erklären, welche Verhandlungsvollmachten er besäße, nachdem die Ministerpräsidenten der Länder jedes Ergebnis unter den Vorbehalt ihrer Zustimmung gestellt haben.

Die Verhandlungsführer der öffentlichen Arbeitgeber, Otto Schily (Bund), Kurt Falthaus (TdL) und Ernst-Otto Stüber (VKA) unterstrichen zwar, dass auch sie an zügigen Verhandlungen und einem schnellen Abschluss interessiert seien. In ihrem praktischen Verhalten kam dies jedoch nicht zum Ausdruck: Sie lehnten es ab, beim ersten Verhandlungstermin über den Vortrag allgemeiner Statements hinaus mit ver.di in vertiefende Verhandlungen einzutreten. Ebenso weigerten sie sich, ein verhandlungsfähiges Angebot vorzulegen. (Die Redetexte von Staatsminister Falthaus und von Oberbürgermeister Stüber werden in das ver.di-intranet eingestellt. Eine Abschrift der Rede von Innenminister Schily wurde uns nicht überlassen.)

In ihren Einlassungen betonten die öffentlichen Arbeitgeber im wesentlichen die miserable Lage der öffentlichen Haushalte. Vor dem Hintergrund der dramatischen Ergebnisse der jüngsten Steuerschätzung und der im Vergleich zu den Frühjahrsprognosen schlechteren allgemeinen Wirtschaftsentwicklung gebe es derzeit keinen Spielraum für Einkommenssteigerungen. Die Arbeitgeber drohten, anderenfalls käme es zu Tariffucht und weiterem Stellenabbau im öffentlichen Dienst. Bund und Länder forderten Tariföffnungsklauseln und eine Differenzierung der Löhne und Vergütungen je nach Haushaltslage.

Insbesondere die Verhandlungsführer der VKA beharrten auf der Forderung nach einer Lohnpause – konkret: einer „Nullrunde“ – im öffentlichen Dienst. Sie verlangten, die gekündigten Tarifverträge wieder in Kraft zu setzen. Weitere Angleichungsschritte im Tarifgebiet Ost lehnten sie ab und unterstrichen, dass sie an den diesbezüglichen Aussagen der Bundes- und Landespolitiker nicht beteiligt gewesen seien.

Im Übrigen verwiesen die Arbeitgebervertreter auf ihre zusätzlichen Belastungen durch die Sanierungsgelder für die Altersversorgung und forderten, dass diese in den weiteren Verhandlungen Berücksichtigung finden müssten. In den neuen Bundesländern sollten die Beschäftigten einen Eigenbeitrag zu ihrer Altersversorgung erbringen. Auch die Frage der Entgeltumwandlung müsse in die Tarifrunde einbezogen

werden. Alle weiteren Gespräche stünden unter dem Vorrang der Kostenneutralität für die öffentlichen Haushalte. Gegebenenfalls müssten die Belastungen über Kompensationen in anderen Bereichen ausgeglichen werden.

Darüber hinaus sprachen die Arbeitgeber ver.di das Recht ab, eine Übertragung von tariflichen Einkommenssteigerungen auf die Besoldung der Beamtinnen und Beamten in den Tarifverhandlungen auch nur anzusprechen. Dies sei allein Zuständigkeit des Gesetzgebers. Wie sie den Widerspruch erklären wollen, dass sie gleichzeitig ver.di auch die Kosten einer Einkommenserhöhung der Beamtinnen und Beamten in Folge von Tariferhöhungen vorhalten, blieb offen.

Die Vertreter von ver.di, Frank Bsirske, Kurt Martin und Christian Zahn widersprachen den Positionen der Arbeitgebervertreter deutlich und begründeten nochmals die Forderungen von ver.di. Insbesondere die Arbeitgeberforderung, Kosten für die Sanierung der öffentlichen Altersversorgung erneut in diese Tarifrunde einzubringen, wurde entschieden zurückgewiesen. Die Altersversorgung ist abschließend im Tarifvertrag Altersversorgung (ATV) vom 1. März 2002 geregelt; es gibt keinen Grund, sie wiederum diese Tarifrunde einzubeziehen.

Nach 2 ½ stündiger Diskussion der unterschiedlichen Positionen waren die Arbeitgeber trotz mehrfacher Aufforderung von ver.di nicht mehr zu weiteren Gesprächen und zu vertiefenden Verhandlungen am gleichen Tag bereit. Sie weigerten sich, ein Angebot vorzulegen. Stattdessen bestanden sie auf einer Unterbrechung der Verhandlungen bis zum nächsten vereinbarten Termin am 11. Dezember im kleinen Kreis unter Einbeziehung der Sondierungskommission.

Nach diesem Auftakt müssen wir davon ausgehen, dass die öffentlichen Arbeitgeber in dieser Tarifrunde eine „Nullrunde“ durchsetzen wollen!

Nach ihrem Willen sollen die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zum Verzicht auf Einkommenssteigerungen gezwungen werden!

Das heißt für uns:

Jetzt ist entschlossenes und gemeinsames Handeln erforderlich!

Auf diese Verweigerungsstrategie der Arbeitgeber muss es eine Antwort aus den Betrieben und Verwaltungen des öffentlichen Dienstes geben.

Diese Antwort muss den öffentlichen Arbeitgebern deutlich machen, dass die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sich so nicht abspeisen lassen.

Sie muss ihnen deutlich machen, was die Beschäftigten in dieser Tarifrunde erwarten.

Und sie muss ihnen deutlich machen, dass die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes entschlossen sind, für ihre Forderungen einzutreten.

In einer bundesweiten Funktionärskonferenz am 21. November 2002 in Hannover wird das weitere Vorgehen beraten.

Anlage 1

Es gilt das gesprochene Wort

Rede des Vorsitzenden der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft, Frank Bsirske, anlässlich der Eröffnung der Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst am 15. November 2002 in Stuttgart

Sehr geehrter Herr Schily,
sehr geehrter Herr Prof. Falthäuser,
sehr geehrter Herr Stüber,
sehr geehrte Damen und Herren,

einleitend könnte man sagen, wir feiern Premiere mit einem altbekannten Stück am altbekannten Ort. Die Premiere ist, dass erstmalig die unter anderem aus den Organisationen ÖTV und DAG entstandene Dienstleistungsgewerkschaft ver.di die Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst führt. Ich freue mich, dass wir diese heute aus guter Tradition hier in Stuttgart eröffnen können.

Aber es gibt noch eine Premiere im inhaltlichen Sinne.

Erstmalig haben wir für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst eine Forderung erhoben, die es unserer Ansicht nach ermöglicht, von Verhandlungsritualen Abstand zu nehmen und schnell zu Ergebnissen zu kommen.

Wir haben ein hohes Interesse daran, diese sicherlich von der Öffentlichkeit mit der gewohnten Aufmerksamkeit beobachteten Tarifverhandlungen zügig, schnörkellos und damit effizient zu führen. Ich hoffe, dass auch Sie sich dieser Auffassung anschließen und wir damit gemeinsam ein Zeichen in der Tariflandschaft setzen.

Doch nun zu unserer Forderung:

Wir fordern für die Arbeiter und Arbeiterinnen,
die Angestellten und Auszubildenden,
die Schülerinnen und Schüler in der Krankenpflege, in der Krankenpflegehilfe sowie in der Entbindungspflege,
für die Ärzte und Ärztinnen im Praktikum
sowie für die Praktikantinnen und Praktikanten eine Erhöhung ihrer Löhne und Vergütungen rückwirkend zum 1.11.2002 von deutlich über 3 % in Ost und West.

Die Tarifierhöhung muss schon im Hinblick auf die im Verhältnis zu den anderen Branchen überlange Laufzeit des letzten Tarifvertrags am oberen Rand der Abschlüsse in den wichtigsten privatwirtschaftlichen Branchen liegen.

Die Laufzeit der Lohn- und Vergütungstarifverträge soll 12 Monate betragen.

Für die Beschäftigten in den neuen Bundesländern fordern wir eine Angleichung des Lohn- und Vergütungsniveaus von derzeit 90 % der entsprechenden Westlöhne oder –vergütungen auf 100 % in einem Stufenplan, der die volle Angleichung spätestens 2007 vorsieht.

Wir fordern darüber hinaus, dass die bisherige tarifvertragliche Regelung zur Übernahme der Auszubildenden entsprechend verlängert wird.

Und wir erwarten, dass unser Tarifergebnis zeit- und inhaltsgleich auf die Beamtinnen und Beamten übertragen wird.

Lassen sie mich im Nachfolgenden die einzelnen Elemente unserer Forderung begründen:

Die Forderung nach einer Erhöhung der Löhne und Vergütungen für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes begründet sich einzig und allein darin, dass auch diese Personengruppen Anspruch darauf haben, so behandelt zu werden wie andere Beschäftigtengruppen in der Bundesrepublik Deutschland. Betrachten wir die in der ersten Jahreshälfte abgeschlossenen Tarifrunden in den wichtigen Branchen, so ist festzustellen, dass Abschlüsse mit einer 3 vor dem Komma getätigt wurden. Diese Abschlüsse wurden alle als unter gesamtwirtschaftlichen Aspekten vertretbar angesehen und führten dazu, dass die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen der betroffenen Branchen neben dem Ausgleich der Inflationsrate einen angemessenen Anteil am Produktivitätsfortschritt erhalten haben.

Unsere Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben und Dienststellen des öffentlichen Dienstes erwarten, dass sie Anschluss an die allgemeine Einkommensentwicklung halten.

Die finanzielle Situation der öffentlichen Haushalte ist nicht gottgegeben, sondern Ergebnis politischer Entscheidungen, zu denen es sehr wohl Alternativen gibt. Und wir sind nicht länger bereit hinzunehmen, dass die Folgen dieser politischen Entscheidungen auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden. 10 Jahre Abkopplung von der Entwicklung in der Privatwirtschaft sind mehr als genug!

Der zweite, aber ebenso wichtige Teil unserer Forderung, ist der nach der Angleichung der Löhne und Vergütungen in den neuen Ländern auf 100 % des Westniveaus.

Meine Damen und Herren, wir befinden uns jetzt im Jahre 13 der Deutschen Einheit. Zu Beginn der Vereinigung der beiden deutschen Staaten wurde unseren Kolleginnen und Kollegen in den neuen Ländern versprochen, dass ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen schnell auf das Niveau der alten Bundesländer gebracht werden.

Damit kann ja nicht gemeint gewesen sein, alleine die Preise für den Lebensunterhalt auf das Westniveau zu bringen, nein, nun ist es an der Zeit, auch die Löhne und Vergütungen im öffentlichen Dienst dem Westniveau anzupassen.

Nach vielen anderen Branchen, die in ihren Tarfbewegungen bereits die volle Anwendung der Vergütungen der alten Länder vereinbart haben bzw. entsprechende Schritte dazu festgelegt haben, steht als große Branche noch der öffentliche Dienst aus.

Und es bleibt festzustellen: Wir benötigen gleiche Bezahlung in Ost und West, damit die qualifizierten Fachkräfte, die jungen Menschen und Familien in den neuen Ländern bleiben und nicht der Bezahlung hinterher ziehen. Wir benötigen diese Menschen für den weiteren Aufbau in den neuen Ländern.

Ich hoffe, dass die Aussagen maßgeblicher Politiker fast aller im Bundestag vertretenen Parteien in den Tarifverhandlungen eingelöst werden: Nämlich das Niveau spä-

testens bis 2007 endgültig anzugleichen – sinnvollerweise in gleichen Jahresschritten.

Natürlich können wir uns sehr wohl schnellere Schritte vorstellen und sind offen, darüber zu verhandeln.

Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in den neuen Ländern werden kein Verständnis dafür haben, sollte ihnen erneut entgegengehalten werden, dass ein Zeitpunkt für diese Angleichung von Arbeitgeberseite nicht fixierbar sein wird. Ohne ein sicheres Datum ist für uns ein Abschluss in dieser Tarifrunde nicht vorstellbar.

Vor diesem Hintergrund noch einmal zu der Frage der Rituale:

Es scheint bei Tarifrunden im öffentlichen Dienst dazu zu gehören, dass schon bei Aufstellung der Forderung mit massivem Sperrfeuer begonnen wird.

Bewerte ich die in den vergangenen Wochen von verschiedenen Seiten gemachten Äußerungen richtig, so sollen unter dem Eindruck der finanzpolitischen Lage des Bundes, der Länder und der Gemeinden den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in dieser Tarifrunde Einkommenssteigerungen verweigert werden.

Ja, man geht sogar noch einen Schritt weiter: Mit der Bundesratsinitiative zur Absenkung der Beamtenbesoldung in finanzschwachen Ländern ist ein Zeichen gesetzt worden, mit dem auch diese Tarifrunde belastet werden soll. Die Löhne und Vergütungen der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sollen je nach Haushaltssituation verschiedener Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes differenziert werden. So, wie dies in Berlin vom Senat vorgeschlagen wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der Arbeitgeberseite, um von vorneherein keinen Zweifel zu lassen:

Dies ist mit ver.di nicht zu machen.

Ein solcher Schritt ist mit uns nicht zu machen,

- weil wir die Einheit der Tariflandschaft wollen und nicht Differenzierung in Abhängigkeit von Haushaltsslagen,
- weil wir am Grundsatz der gleichen Bezahlung für gleiche Arbeit festhalten,
- weil wir den Flächentarifvertrag erhalten und seine Zerschlagung nicht zulassen,
- und weil wir nicht akzeptieren, dass die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes herangezogen werden für politische Entscheidungen, die sie nicht zu verantworten haben und – in Berlin - die Zeche zahlen sollen für die Selbstbereicherungsorgien der Ära Landowksy.

Kein Beschäftigter des öffentlichen Dienstes, kein Müllwerker, keine Krankenschwester, kein Feuerwehrmann, kein Straßenwärter, kein Angestellter im Sozialamt kann in Verantwortung gezogen werden für politische Entscheidungen, die letztendlich dazu geführt haben, dass die Einnahmehasis der öffentlichen Haushalte erodiert.

Wir müssen feststellen, dass im Zuge der Unternehmenssteuerreform die Körperschaftssteuer quasi verdampft ist.

Wir müssen feststellen, dass seit Jahren auf die Vermögensteuer verzichtet worden ist.

Und wir werden nicht in der Lage sein, unseren Mitgliedern zu erklären, warum sie durch Einkommensverzicht für politischen Versäumnisse und Fehlentwicklungen zahlen sollen. Es verträgt sich nicht, einerseits Steuergeschenke an die Reichsten im Lande zu machen und auf der anderen Seite dafür Krankenschwestern, Kanalisationsarbeiter, Erzieherinnen und Feuerwehrleute zahlen zu lassen.

Auch ist das altbekannte Argument Einkommensverzicht contra Arbeitsplätze zu hören.

Werfen wir noch einmal einen Blick auf die Realitäten der letzten Jahre. Das statistische Bundesamt hat vor etwa 14 Tagen die Indexzahlen der Lohnentwicklung veröffentlicht. Legt man 1995 das Lohnniveau mit 100 % fest, so ist es der privaten Wirtschaft auf über 118 % und im öffentlichen Dienst auf lediglich 113,7 % gestiegen. Also haben die Beschäftigten im öffentlichen Dienst in diesen Jahren schon 5 % verloren. Wir haben in den vergangenen Jahren – und ich betone, auch in den Jahren vor 1995 – Lohnzurückhaltung geübt und damit die Möglichkeit gegeben, den Arbeitsplatzabbau im öffentlichen Dienst zu verlangsamen. Dies ist uns nicht gedankt worden.

Seit 1995 ging die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst um ca. ½ Million Menschen zurück. Man muss feststellen: Lohnzurückhaltung ist mit massivem Arbeitsplatzabbau einhergegangen. Ja, mehr noch, die Beschäftigten im öffentlichen Dienst haben mit ihrer Lohnzurückhaltung dazu beigetragen, dass eine Steuerpolitik möglich wurde, die die Reichsten im Lande auf Kosten der Arbeitnehmer und zu Lasten des öffentlichen Dienstleistungsangebots privilegiert.

Ein letzter Punkt:

Sehr geehrter Herr Prof. Faltlhauser, die Ministerpräsidenten der Länder haben erklärt, dass jede Tarifeinigung unter dem Vorbehalt ihrer Zustimmung stünde. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie uns sagen könnten, wie weit vor diesem Hintergrund Ihre Verhandlungsvollmacht in dieser Tarifrunde eigentlich geht.

Abschließend, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich denke, es wäre gut, wenn es uns gemeinsam gelingt, in freien Verhandlungen zu einem ausgewogenen Ergebnis zu kommen.

Unsere Forderung setzt bewusst auf den tarifpolitischen Entwicklungen diesen Jahres auf und ist darauf angelegt, zu einem zügigen Ergebnis zu kommen. Wir erwarten nun auch von Ihnen, dass Sie in Abkehr von bisherigen Ritualen bereits heute ein verhandlungsfähiges Angebot unterbreiten.

ver.di ist bereit, noch vor Weihnachten einen Abschluss zu tätigen. Ich hoffe, dass der heutige Tag, die heutigen Verhandlungen ein erstes Signal in diese Richtung setzen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.